

SIEDLERKOLONIALISMUS?

Zur ideologischen Funktion eines antizionistischen Deutungsmusters



Impressum

Herausgeber

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.
Levi Salomon (Geschäftsführer, Sprecher)
Postfach 120530 · 10595 Berlin
info@jfda.de · www.jfda.de

Autoren

FW/LM/PR

Copyright © 2026, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA).

Diese Broschüre ist Teil des Projekts „Jüdisches Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum“. Das Projekt wird von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördert.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Inhalt

Vorwort	4
Vorbemerkung	5
I. Einleitung: Warum „Siedlerkolonialismus“ zum Problembegriff wird	6
II. Begriff und Herkunft: Was die Settler Colonial Studies behaupten	9
III. Die Übertragung auf Israel: von der Analyse zur Schablone	13
IV. Antisemitische Funktion: wie die Schablone Antizionismus rechtfertigt	17
V. In der Feldbeobachtung: wo die Ideologie praktisch auftaucht	20
VI. Fazit: warum die Schablone erkannt werden muss	29
Literaturempfehlungen	31

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

auf Berliner Demonstrationen sind die Bilder vertraut: Karten, auf denen Israel nicht mehr vorkommt, und die Jahreszahl 1948 als Anklage gegen die Existenz eines Staates. Dazu kommt die Sprache von „Siedlerkolonialismus“, „Dekolonisierung“ und „Widerstand in all seinen Formen“. Wozu sie fähig ist, hat der 7. Oktober 2023 gezeigt: Das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah wurde auch in Berlin als Befreiungstat gefeiert.

Das JFDA dokumentiert dieses Deutungsmuster seit Jahren. Es übersetzt Antisemitismus in die Sprache von Gerechtigkeit und Emanzipation. Israel erscheint darin nicht als Staat, dessen Politik man kritisieren kann, sondern als Unrecht an sich. Jüdinnen und Juden werden zu „Siedlern“, unabhängig davon, was sie tun, und Gewalt gegen sie heißt „Widerstand“. Weil das progressiv klingt, wird es selten erkannt.

Dabei stellt das Muster die Geschichte auf den Kopf. Hinter den Jüdinnen und Juden, die nach Palästina kamen, stand kein Mutterland und keine Kolonialmacht. Das Land gehörte zum Osmanischen Reich, danach stand es unter britischem Mandat. Vor 1948 rang die jüdische Nationalbewegung der britischen Herrschaft ihre Unabhängigkeit ab, zur selben Zeit wie Indien. Viele, die Israel aufbauten, waren selbst Vertriebene: Überlebende der Shoah und Geflüchtete aus arabischen und muslimisch geprägten Ländern. Mit „weißen Siedlern“ hat das wenig zu tun.

Diese Handreichung zeigt, wo die Grenze verläuft. Kritik an Besatzung, Siedlungsbau oder israelischer Regierungspolitik ist legitim. Flucht und Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser 1948 verdienen Anerkennung. Wer Israel aber seinem Wesen nach zum kolonialen Verbrechen erklärt, das nur durch sein Verschwinden zu beheben wäre, kritisiert nicht mehr, sondern delegitimiert.

Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen in der Feldbeobachtung, deren Dokumentation diese Analyse trägt, und der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung für ihre Förderung.

Levi Salomon

Geschäftsführer und Sprecher

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.

Vorbemerkung

Das Konzept des Siedlerkolonialismus hat sich in den letzten Jahren von einer vor allem in der Wissenschaft verbreiteten Theorie zu einer Weltanschauung in aktivistischen Kreisen gewandelt. Das JFDA befasst sich mit diesem Konzept nicht aus akademischem Interesse, sondern weil es dadurch praktische Folgen hat. Auf Demonstrationen, in Redebeiträgen und in der Online-Kommunikation strukturiert es, wie über Israel und wie über Gewalt gegen Jüdinnen und Juden gesprochen wird.

Das JFDA sieht diese Entwicklung mit Sorge, weil die Deutung Israels als „Siedlerkolonie“ in Teilen antizionistischer Milieus nicht der historischen Klärung des arabisch-israelischen Konflikts dient, sondern der Rechtfertigung, Verharmlosung oder Leugnung von Antisemitismus. Sie liefert eine Sprache, in der die Delegitimierung jüdischer Selbstbestimmung als antikoloniale Kritik erscheint. Genau diese Funktion – nicht das Konzept als solches – ist Gegenstand dieser Handreichung.

Die folgende Analyse stützt sich auf Beobachtungen des JFDA: auf das Monitoring von Versammlungen, Redebeiträgen, Plakaten, Symbolen und der Online-Kommunikation, in der sich das Deutungsmuster zeigt. Sie verbindet diese Feldbeobachtung mit einer kritischen Einordnung des Konzepts und bewertet die beobachteten Äußerungen anhand der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

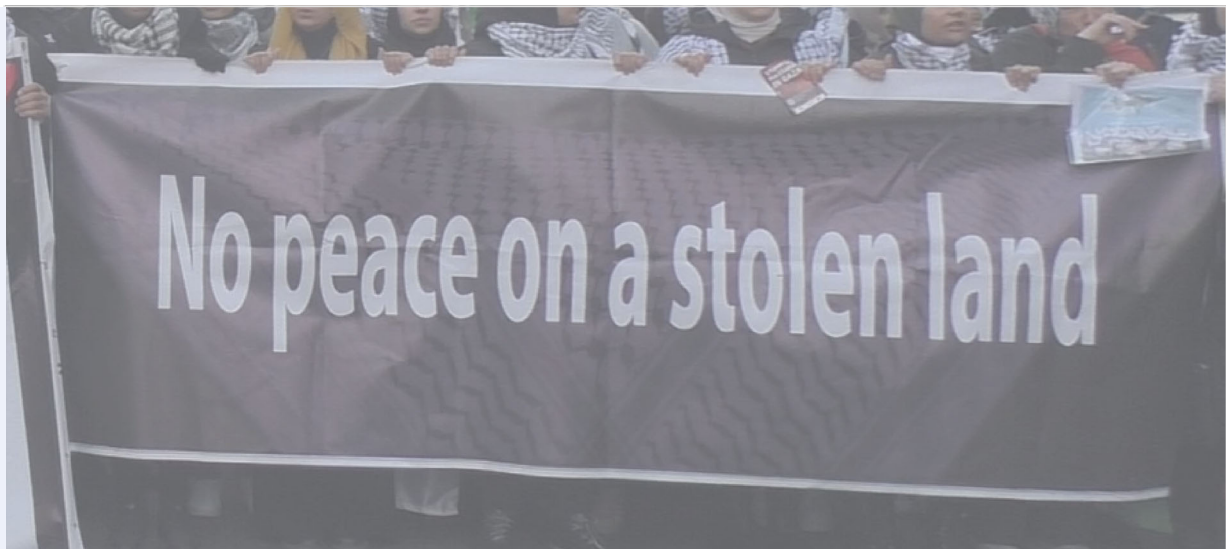


Abbildung 1: Demonstration „Decolonize Human Rights“, Berlin, 11.11.23.

Einleitung: Warum „Siedlerkolonialismus“ zum Problembegriff wird

Seit dem 7. Oktober 2023 ist das Konzept des Siedlerkolonialismus verstärkt im Umlauf. In Hörsälen und Seminaren wird Israel genauso wie in Redebeiträgen auf Demonstrationen oder in Kommentaren unter Social-Media-Beiträgen immer wieder als „Siedlerkolonie“ bezeichnet. Der theoretische Diskurs übersetzt sich im Rahmen eines verfestigten antizionistischen Feindbildes direkt in die Praxis. Er fungiert als Treibstoff für die konkrete Bedrohung, Einschüchterung und Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden, Israelis und anderen als „zionistisch“ markierten Personen.

Diese Handreichung versteht sich als analytische Hilfestellung für Akteurinnen und Akteure aus Bildung, Politik und Zivilgesellschaft, die einer zunehmenden Dämonisierung Israels im Kontext post- und dekolonialer Argumentationsmuster entgegentreten wollen. Sie widmet sich der Schnittstelle, an der unterkomplexe und dogmatische Argumentationen in antisemitische Mobilisierung umschlagen, und warnt vor den damit einhergehenden Radikalisierungsprozessen.

„Wir als Die Linke Niedersachsen stellen uns gegen die Ideologie des Zionismus [...]: Leugnung und/oder Verharmlosung der siedlerkolonialistischen Akte des Staates Israel, der sich damals wie heute durch sowohl der gewaltsamen Eroberung von Gebieten als auch Vertreibung von ihren Einwohner:innen zeigt.“

— Die Linke Niedersachsen, Antrag 01 „Ablehnung des Zionismus“ (in dieser Form nicht angenommen) · Quelle: dielinke-nds.de

Das Konzept Siedlerkolonialismus geht davon aus, dass Siedlergesellschaften nicht nur Ressourcen ausbeuten, sondern Land dauerhaft in Besitz nehmen und die indigene Bevölkerung verdrängen und entrechten. Diente das Konzept anfangs noch primär als unterscheidender Begriff innerhalb verschiedener Formen des Kolonialismus, leitete der „Settler Colonial Turn“ Ende der 1990er Jahre einen Wandel ein: Das Paradigma löste sowohl Theorien des klassischen Antikolonialismus als auch die rein historiographische Forschung zum Kolonialismus ab und wurde zunehmend zum rhetorischen Bestandteil eines akademisch geprägten Aktivismus, wodurch sich die normative Absicht letztlich über das Erkenntnisinteresse schob.

Auf Basis dieser ideologisch geprägten Wende wird heute maßgeblich versucht, den arabisch-israelischen Konflikt zu deuten. Als fertige Deutungsschablone – insbesondere genutzt von der postkolonialen Linken – unterteilt das Siedlerkolonialismus-Paradigma die Welt in ein binäres Schema von Unterdrückern und Unterdrückten, von Schuldigen und Unschuldigen. Demnach gilt der israelische Staat als illegitimer kolonialer Fremdkörper, Zionismus wird zum rassistischen Projekt umgedeutet. Resultat dessen ist eine Delegitimierung, die jüdische Selbstbestimmung als solche bestreitet.

Wie etwa durch die häufig auf antiisraelischen Demonstrationen zu vernehmende Forderung „No peace on stolen land“ illustriert wird, wendet sich die totalisierende Logik der Schablone gegen jegliche Konfliktlösungsbestrebungen, die ein Ende Israels als jüdischer Staat ausschließen. Wo sich diese Missdeutungen durch historische Tatsachen nicht mehr korrigieren lassen, wird der Status des Siedlerkolonialismus-Rahmens als eigenständige Ideologie verdeutlicht – mit realen politischen Konsequenzen.

Nur indem Israel als Staat in Gänze zum Symbol des Bösen erklärt wird, sind die von sich als progressiv verstehenden Personen ausgehenden Lobeshymnen auf die Massaker vom 7. Oktober 2023 als dekoloniale Befreiungsakte, in die auch Professoren renommierter Universitäten einstimmen, zu verstehen.

„Die vielleicht größte Errungenschaft des Widerstands besteht in der temporären Übernahme dieser Siedlerkolonien, die jedweden Vertrauen, das israelische Siedler in ihr Militär und dessen Fähigkeit, sie zu schützen, gesetzt hatten, einen tödlichen Schlag versetzt.“

— Joseph Massad, Professor an der Columbia University,
08.10.2023 · Quelle: Electronic Intifada (Übers. zit. n.
Kirsch 2025: 14)

Die Bestimmung als siedlerkolonialistisch ersetzt jegliche ethische und politische Reflexion auf Zweck und Mittel der eigenen Praxis. Der Jubel über die rohe Gewalt an israelischen Zivilistinnen und Zivilisten ist logisches Resultat, wenn beide in eins fallen.

Im Fokus dieser Handreichung steht weniger die Frage, ob das Konzept des Siedlerkolonialismus per se antisemitisch ist. Ginge es dem Konzept alleine um eine wissenschaftliche Analyse der Folgen und Fortwirkung kolonialer Ausbeutung und Herrschaft, wäre an ihm nur in diesem Sinne Kritik zu üben. Die unreflektierte Übertragung auf Israel wird der Realität im Nahen Osten hingegen nicht gerecht und ist vielmehr Mittel politisch-aktivistischer Instrumentalisierung. Daher ist es relevanter, aufzuzeigen, wie das Konzept zum Zentrum für ein antizionistisches Feindbild wird, das sich in letzter Konsequenz in Gewalt entladen kann.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die eindeutige Benennung von Israelis als Kolonisatoren, wie kollektiv als Kinder- oder Völkermörder, dazu führt, dass diese bedrängt oder attackiert werden, wenn sie sich beispielsweise im Urlaub oder Ausland als Israelis zu erkennen geben.¹ Unabhängig von individuellem Handeln genügt hier die israelische Staatsbürgerschaft als Begründung für die Anwendung von Gewalt. Die Übergriffe verdeutlichen eine gefährliche Kontinuität: In seiner pauschalen Anwendung dient der Begriff des „Siedlers“ als moderne Camouflage für klassische antisemitische Stereotype. Das Zerrbild des parasitären und wurzel- wie skrupellosen Aggressors wird im Gewand antikolonialer Kritik neu belebt.

Das Dossier verfolgt das Ziel, die auf Entpolitisierung und historischer Verzerrung beruhenden ideologischen Muster zur Erklärung der Welt sowie deren Funktion als Entlastungs- und Dämonisierungsnarrativ offenzulegen. Da die Siedlerkolonialismus-

Ideologie antisemitischen und entmenslichenden Deutungen Vorschub leistet und eine Gefahr für jüdisches Leben und eine offene Gesellschaft darstellt, ist die Dekonstruktion dieser Ideologie Aufgabe antisemitismuskritischer Bildungsarbeit.

Auf eine kurz gehaltene Rekonstruktion der akademischen Institutionalisierung des Siedlerkolonialismus-Paradigmas im Allgemeinen folgt eine kritische Auseinandersetzung mit der Anwendung der Schablone auf den israelischen Staat sowie deren Funktion für antizionistische Milieus. Zitate veranschaulichen dabei, wie das Deutungsmuster in Wissenschaft, Politik und Aktivismus verwendet wird. Daraufhin legen wir anhand konkreter Fallbeispiele aus unserer alltäglichen Arbeit dar, auf welche Weise dieses Denkmuster zur antisemitischen Agitation beiträgt. Abgerundet wird dies durch unterstützende Hinweise, um entsprechende Narrative zu erkennen.



Abbildung 2: „Nakba“-Demonstration, Mainz, 13.05.2023.

¹ Vgl. Jüdische Allgemeine (2025): Rhodos: Messer-Mob jagt Israelis, 23.07.2025; dies. (2026): Israelische Touristen auf Koh Samui angegriffen, 18.02.2026; dies. (2026): Angriff auf israelische Touristen in der Mongolei, 20.07.2026; alle juedische-allgemeine.de (zuletzt abgerufen am 15.10.2026).

Begriff und Herkunft: Was die Settler Colonial Studies behaupten

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine Phase der Dekolonisierung ein, in deren Zuge etwa Indien, Indonesien, Vietnam, aber auch Angola und andere Staaten die Unabhängigkeit von ihren Mutterländern erkämpften. Ab den 1970er Jahren versuchte das Konzept des Siedlerkolonialismus bestimmte Aspekte des Kolonialismus zu erklären. Verstanden wurde hierunter vorerst die Machtausübung europäischer Siedler über die Schwarzen Bevölkerungen in afrikanischen Ländern. In den 1980er und 1990er Jahren erfuhr der Begriff zunehmend eine Ausweitung auf Staaten wie Australien oder die USA – Nationen, die in ihrer heutigen Verfasstheit dem konventionellen Verständnis einer Kolonie nicht standhalten. Kurz vor der Jahrtausendwende vollzog sich im Diskurs über den Siedlerkolonialismus schließlich ein endgültiger Paradigmenwechsel von einem analytischen hin zu einem dezidiert aktivistisch geprägten Ansatz.

Protagonisten der sich seither stetig konsolidierenden und transnational ausweitenden Settler Colonial Studies (SCS), die sich als kritische Weiterentwicklung der Postcolonial Studies verstehen, definieren Siedlerkolonialismus als Entvölkerung anstrebende fortwährende Struktur und

Besiedlung somit ausdrücklich nicht als punktuell Ereignis. Diese theoretische Setzung fixiert den Status von Indigenität unumkehrbar, sodass auch Nachkommen europäischer Einwanderer dauerhaft als Siedler – stilisiert zu Repräsentanten des Bösen – kategorisiert werden.

Dieser Neu-Definition folgend, beruhe der auf Landnahme gestützte Siedlerkolonialismus weniger auf Ausbeutung als auf der Logik der „Eliminierung der Indigenen“², wie es der australische Anthropologe Patrick Wolfe als Vordenker des aktivistischen Forschungsfeldes formulierte. Der Vorwurf eines inhärent eliminatorischen Wesens befördert die Annahme, dass die siedlerkoloniale Praxis zum Erreichen des zugeschriebenen Ziels der Sicherstellung weißer Vorherrschaft in letzter Konsequenz genozidal sei: In Anlehnung an Wolfe benennt Lorenzo Veracini, australischer Historiker und ebenfalls prominenter Vertreter des politisierten Fachgebiets, eine Vielzahl an Arten des „Transfers“³ als mögliche Beziehungen zwischen „Siedlern“ und „Indigenen“, die der Logik der Auslöschung folgen würden, auch wenn der Großteil dieser keine direkte physische Vernichtung umschreibt.

² Wolfe, Patrick (2006): Settler colonialism and the elimination of the native. *Journal of Genocide Research*, Vol. 8, Nr. 4, S. 387–409.

³ Veracini, Lorenzo (2010): *Settler Colonialism: A Theoretical Overview*. London: Palgrave Macmillan.

Die entindividualisierende Vorstellung von vergangenem Unrecht als vererbare Identität macht die Ideologie des Siedlerkolonialismus für Aktivistinnen und Aktivisten so attraktiv. Einem komplexitätsreduzierenden Täter-Opfer-Schema folgend, werden in zugespitzten Verwendungen Raubgier und Unersättlichkeit zu wesenhaften Attributen essentialisiert, die sämtliche Unterdrückungsverhältnisse determinieren würden. Mittels Romantisierung und Umschreibung der Vergangenheit postulieren solche Lesarten eine Binarität von einheimischer Tugendhaftigkeit und westlicher Unmoral, sodass unter dem Deckmantel eines Gerechtigkeitsanspruchs und im Dienste einer besseren Zukunft Gewalt in der Gegenwart zu legitimieren versucht wird. Indem nur bei bestimmten Staaten solch ein böses „Wesen“ diagnostiziert wird, und Gräueltaten und Konflikte, die nicht in die anti-westliche Schablone passen, konsequent ausgeblendet werden, wird der anti-universalistische Gehalt des Konzepts verdeutlicht.

„Es ist in der Tat an der Zeit, die [...] irreführende Sprache – wie ‚die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hamas‘ oder ‚Friedensprozess‘ – nicht mehr zu verwenden und stattdessen vom palästinensischen Widerstand und der Dekolonisierung Palästinas vom Fluss bis zum Meer zu sprechen.“

— Ilan Pappé, Professor an der Universität Exeter, 07.10.2024 · Quelle: aljazeera.com

Auch wenn es dem progressiven Grundsatz, eigene Ziele nach Möglichkeit gewaltlos umzusetzen, widerspricht, wird diese Gewalt als Dekolonisation erklärt. Eine politische Lösung wird zugunsten der Vorstellung, sich aller „Siedler“ entledigen zu können, verworfen. Solch ein Heilsversprechen entspringt einem Manichäismus, der die Welt radikal in Gut und Böse teilt und keine Nuancen oder Widersprüche zulässt.



Abbildung 3: Demonstration „Berlin Dekolonialisieren“, 21.10.2023.

Basierend auf einer fundamentalen Asymmetrie politischer und existenzieller Ansprüche sprachen Eve Tuck und K. Wayne Yang in ihrem weltweit zitierten Aufsatz⁴ von einer „Ethik der Inkommensurabilität“, wonach das Schicksal der „Siedler“ der „indigenen Souveränität“ bedingungslos untergeordnet wird. Gerahmt als moralische Pflicht und Zeichen der Emanzipation, kennt diese Ethik in ihrer aktivistischen Aneignung keine Grenzen in Bezug auf Gewaltakte gegen diejenigen, die als koloniale Unterdrücker bestimmt werden. Die Folgen dieser Denkweise – eine Dekolonisierung mit allen Mitteln jenseits von Metaphern – offenbarten sich auch im Jubel über die Massaker an Jüdinnen und Juden in Israel am 7. Oktober 2023 sowie der Heroisierung des islamistischen Terrors.

Auf den israelischen Fall wurde dieses Paradigma nicht erst von Aktivistinnen und Aktivisten übertragen, sondern bereits

innerhalb der Wissenschaft. Der Soziologe Gershon Shafir etwa deutete den frühen Zionismus als Variante europäischer Siedlungskolonisation und zählt zu den Wegbereitern der siedlerkolonialen Interpretation Israels⁵. Seine Analysen sind differenzierter als deren spätere aktivistische Verwendung. Doch gerade weil Shafir dem Paradigma selbst zuzurechnen ist, markiert er den Punkt, an dem die akademische Analyse anschlussfähig für einen blinden Schematismus wird. Ein besonders weitreichender Ansatz, den Zionismus mit dem Siedlerkolonialismus gleichzusetzen, ist Clemens Messerschmids Buch *Die deutschen Wurzeln des Zionismus*, in dem er versucht, diesen unvermittelt aus dem deutschen Imperialismus und dem aufkommenden völkischen Nationalismus im 19. Jahrhundert abzuleiten.⁶ Damit wird ausgerechnet eine Bewegung, die auch eine Antwort auf den völkischen Antisemitismus war, zu dessen Erbin erklärt.

⁴ Tuck, Eve / Yang, K. Wayne (2012): Decolonization is not a metaphor. Decolonization: Indigeneity, Education & Society, Vol. 1, Nr. 1, S. 1–40.

⁵ Shafir, Gershon (1989): Land, Labor and the Origins of the Israeli-Palestinian Conflict, 1882–1914. Cambridge: Cambridge University Press.

⁶ Messerschmid, Clemens (2025): Die deutschen Wurzeln des Zionismus. Zur Entwicklung des Siedlerkolonialismus in Palästina. Heidelberg: Palmyra.

Wenn diese Handreichung die Anwendung auf Israel kritisiert, tut sie das also in dem Wissen, dass die siedlerkoloniale Interpretation nicht nur ein Missverständnis aktivistischer Milieus ist, sondern eine wissenschaftliche Vorgeschichte hat, deren Prämissen es gerade zu prüfen gilt.

„Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Siedlerkolonialismus und Völkermord. [...] Das bedeutet, dass die Zionisten kein Interesse daran haben, die Palästinenser am Leben zu erhalten, da ihr Ziel darin besteht, sie physisch aus dem Land zu vertreiben.“

— Ramón Grosfoguel, emeritierter Professor an der University of California, Berkeley, 01.02.2024
(eigene Übers.) · Quelle: ihrc.org.uk

Damit ist zugleich die begriffliche Unterscheidung benannt, die diese Handreichung durchzieht. Als analytisches Werkzeug kann der Begriff des Siedlerkolonialismus historische Erkenntnis stiften. In seiner unreflektierten Übertragung auf Israel wird er zur Schablone, die die Wirklichkeit einem Schema anpasst, statt sie zu erklären. Und dort, wo diese Schablone sich gegen jede Korrektur immunisiert, die Welt in Gut und Böse teilt und Gewalt als Erlösung verklärt, verfestigt sie sich zur Ideologie – zu einer geschlossenen Weltdeutung mit eigener Moral und eigenem Handlungsauftrag. Wenn im Folgenden von der Siedlerkolonialismus-Ideologie die Rede ist, ist dieser dritte, verfestigte Zustand gemeint; wo von Schablone oder Deutungsmuster gesprochen wird, die aktivistische Übertragung als solche.

Die Übertragung auf Israel: von der Analyse zur Schablone

In antizionistischen Deutungen wird Israel regelmäßig als klassischer Fall von Siedlerkolonialismus beschrieben. Jüdinnen und Juden erscheinen darin als europäische oder „weiße“ Siedler, Palästinenserinnen und Palästinenser als indigene Bevölkerung, Zionismus als koloniales Projekt und Israel als Staat, dessen Existenz auf Vertreibung und Landnahme beruhe.

**„[M]an [kann] nicht Zionist sein und zugleich für ein gerechtes
Ende der kolonialen Unterdrückung kämpfen.“**

— Judith Butler, Professur an der University of California, Berkeley · Quelle: Am Scheideweg.
Judentum und die Kritik am Zionismus, Campus 2013, S. 30f.

Diese Darstellung gewinnt ihre Wirkung durch Vereinfachung. Sie rückt reale Aspekte des Konflikts in den Vordergrund – die Folgen von Krieg, Flucht, Vertreibung, Besatzung und Siedlungspolitik. Diese Aspekte sind nicht erfunden und sie sind nicht zu leugnen. Zugleich blendet die Schablone aber zentrale historische Zusammenhänge aus: die jahrtausendealte jüdische Geschichte und Präsenz im Land, die europäische Geschichte von Antisemitismus und Pogromen, die Shoah, die jüdische Staatenlosigkeit sowie die Flucht und Vertreibung jüdischer Gemeinden aus arabischen und muslimisch geprägten Ländern. Sie ignoriert damit auch, dass Jüdinnen und Juden nicht als europäische Mehrheitsgesellschaft verstanden werden können, deren Geschichte in der Kategorie „weißer Siedler“ aufginge.

1967 ist nicht 1948, und 1948 ist nicht die ganze Geschichte

Besonders aufschlussreich ist eine Operation, die in der Schablone fast unbemerkt geschieht: die Rückprojektion der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik seit 1967 auf die gesamte Geschichte des Zionismus und auf die Existenz Israels als jüdischer Staat. Aus der konkreten, kritisierbaren Politik in den besetzten Gebieten wird so eine Aussage über das Wesen des Staates selbst.

Diese Verschmelzung ist analytisch falsch und politisch folgenreich. Kritik an konkreter Regierungspolitik, an der Besatzung oder am Siedlungsbau ist legitim, notwendig und innerhalb wie außerhalb Israels verbreitet.

Etwas grundlegend anderes ist die Behauptung, Israel sei seinem Wesen nach ein illegitimes koloniales Projekt. Die erste Aussage richtet sich auf ein politisches Handeln, das sich ändern lässt. Die zweite richtet sich auf die Existenz des Staates, die sich nur durch dessen Verschwinden „korrigieren“ ließe. Gerade an dieser Stelle verläuft die Grenze zwischen Kritik und Delegitimierung.

„Der Zionismus ist eine koloniale Bewegung in ihrem Ursprung, aggressiv und expansionistisch in ihren Zielen, rassistisch in ihrer Struktur und faschistisch in ihren Mitteln und Absichten.“

— Artikel 19 der PLO-Charta von 1964 (eigene Übers.) ·
Quelle: mei.org.in/constitutions/plo-charter



Abbildung 4: Teilnehmende auf einer „Nakba“-Demonstration zeigen Schlüsselssymbole, Berlin, 16.05.2026.

Was die Forschung zeigt – und was die Schablone übersieht

Die differenzierte Forschung zur Geschichte Israels und des Zionismus stützt diesen Einwand. Sie zeigt, dass sich der Zionismus dem Raster der SCS gerade nicht widerspruchsfrei einfügt – und zwar nicht, weil koloniale Züge schlicht fehlten, sondern

weil das Schema die Eigenart der zionistischen Geschichte nicht fassen kann. Wer sich ernsthaft mit der Geschichte Israels beschäftigt, kann erkennen, dass sie von Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten geprägt ist. Die SCS müssen diese jedoch stillstellen, um den Konflikt erklären zu können.

Am deutlichsten hat dies der Historiker Derek Penslar herausgearbeitet. Er weist sowohl die vollständige Gleichsetzung von Zionismus und Kolonialismus als auch deren vollständige Trennung zurück und verortet die zionistische Bewegung stattdessen zwischen kolonialem, anti-kolonialem und post-kolonialem Diskurs und Praxis.⁷ Der Zionismus habe sich zwar der Sprache und teils der Methoden europäischer Kolonisation bedient, unterscheide sich von den klassischen Siedlergesellschaften aber in einem entscheidenden Punkt: Er hatte keine imperiale Metropole hinter sich, in deren Auftrag und unter deren Schutz kolonisiert wurde, sondern speiste sich aus der realen Verfolgungs- und Unsicherheitserfahrung einer bedrohten Minderheit ohne staatlichen Rückhalt.

Penslars Pointe liegt in der Ablehnung des Entweder-oder: Wer den Zionismus allein unter „Kolonialismus“ verbucht, übersieht dessen anti-koloniale und nationale Dimension ebenso wie umgekehrt eine apologetische Erzählung die kolonialen Züge übersähe.

In dieselbe Richtung, mit anderem Akzent, argumentiert Johannes Becke. Er wendet sich gegen das, was er „Allozionismus“ nennt – die exzeptionalistische Behandlung des Zionismus als eines grundsätzlich einzigartigen, mit keinem anderen Fall vergleichbaren Projekts.⁸ Beckes methodischer Einwand richtet sich gegen beide Lager zugleich: gegen die apologetische Sonderstellung, die Israel jedem Vergleich entzieht, und gegen die reduktionistische Subsumtion unter „Siedlerkolonialismus“, die den Fall in ein vorgefertigtes Schema presst. Sein komparativer Zugang – etwa im Vergleich israelischer, syrischer und marokkanischer Staatsbildung und territorialer Expansion – zeigt, dass sich die Vorgänge in Nahost sehr wohl in breitere Muster von Nationalstaatsbildung und Grenzverschiebung einordnen lassen, ohne dass daraus die eine, alles erklärende Kategorie des Siedlerkolonialismus würde. Die Schablone erscheint aus dieser Perspektive nicht als Analyse, sondern als deren Abkürzung.

Wo Penslar und Becke die historische Vielschichtigkeit gegen die Vereinfachung setzen, richtet sich die Kritik Adam Kirschs unmittelbar gegen die Denkfigur selbst. Kirsch beschreibt „Siedlerkolonialismus“ als eine Ideologie mit binärer Struktur, die die Welt in tugendhafte Indigene und an sich schuldhaft Siedler teilt, und hält ihre Übertragung auf Israel für sachlich verfehlt und in ihren Konsequenzen für gefährlich.⁹ Israel sei nicht von einem europäischen Imperium als Kolonie gegründet worden, sondern durch eine Fluchtbewegung Verfolgter, deren Selbstverständnis sich zudem auf eine Bindung an das Land berief – eine Konstellation, die das Raster „europäische Kolonisatoren gegen Eingeborene“ nicht abbildet. Kirschs Argument ist weniger historiografisch als ideologiekritisch: Es zielt auf die moralische Geschlossenheit des Musters, die aus einer analytischen Kategorie eine Zuschreibung von Schuld und Unschuld macht.

⁷ Penslar, Derek J. (2001): „Zionism, Colonialism and Postcolonialism“, in: Journal of Israeli History 20, H. 2–3, S. 84–98; ders. (2023): Zionism: An Emotional State. New Brunswick: Rutgers University Press.

⁸ Becke, Johannes (2018): „Beyond Allozionism: Exceptionalizing and De-Exceptionalizing the Zionist Project“, in: Israel Studies 23, H. 2, S. 168–193; ders. (2021): The Land Beyond the Border. Albany: SUNY Press.

⁹ Kirsch, Adam (2025): Siedlerkolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit. Berlin: Edition Tiamat.

Was diese Arbeiten verbindet, ist kein apologetischer Impuls, sondern die Weigerung, den Widerspruch aufzulösen, der konstitutiv für den Gegenstand ist. Der Zionismus weist Züge auf, die das Schema nahelegt, und zugleich solche, die ihm widersprechen: eine Nationalbewegung einer verfolgten Minderheit, die kein „Mutterland“ hinter sich hatte, deren Mitglieder vielfach selbst Vertriebene waren und die einen historischen, religiösen und kulturellen Bezug zu dem Land geltend macht, den koloniale Siedlergesellschaften gerade nicht haben. Genau diese Ambivalenz ist es, welche die Schablone tilgen muss, um zu ihrer eindeutigen Schuldzuweisung zu gelangen. Wo kritische Forschung Spannungen offen hält, stellt die Ideologie Eindeutigkeit her – und verwechselt diese Eindeutigkeit mit Erkenntnis.

Die palästinensische Erfahrung von Flucht und Vertreibung ist damit nicht negiert. Sie ist anzuerkennen. Was zurückzuweisen ist, ist ihre Totalisierung zu einer reinen Unschuldserzählung, in der für die jüdische Geschichte kein Platz bleibt. Denn erst diese Totalisierung macht aus einer historisch belegbaren, politisch verhandelbaren Leidensgeschichte das Gegenteil von Analyse: ein geschlossenes Deutungsmuster, das nicht mehr fragt, was war und was möglich ist, sondern nur noch weiß, wer schuldig ist.

Antisemitische Funktion: wie die Schablone Antizionismus rechtfertigt

Die Siedlerkolonialismus-Schablone ist für antizionistische Milieus attraktiv, weil sie Antisemitismus in eine emanzipatorische Sprache übersetzt. Wer Israel als koloniales Projekt versteht, muss Feindschaft gegen den jüdischen Staat nicht mehr als Feindschaft ausweisen. Er kann sie als Antirassismus, Antikolonialismus oder Solidarität mit Unterdrückten darstellen. Gerade darin liegt die ideologische Leistung des Musters: Es integriert das Ressentiment in ein progressives Selbstbild.¹⁰

„Wir haben versagt, [...] den kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts, der sich von seinen Anfängen bis heute in der Eroberung neuer Gebiete und in der Vertreibung ihrer Einwohner:innen ausdrückt, anzuerkennen.“

— Linksjugend [solid], Antrag A12 „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ (angenommen), 18. Bundeskongress · Quelle: linksjugend-solid.de

Aus dieser Konstruktion ergeben sich mehrere antisemitische Anschlussstellen. Erstens wird jüdische Selbstbestimmung delegitimiert – nicht eine bestimmte Politik, sondern das Recht auf einen eigenen Staat selbst. Zweitens werden Jüdinnen und Juden beziehungsweise Israelis kollektiv in eine Täterposition gedrängt, aus der individuelles Handeln keinen Ausweg bietet. Drittens werden jüdische Opfererfahrungen unsichtbar gemacht oder als politisch instrumentalisiert abgewertet. Viertens kann Gewalt gegen Israelis als „Widerstand“ oder „Dekolonisierung“ erscheinen und verliert damit ihren Charakter als das, was sie ist: antisemitische Gewalt.

¹⁰ Stögner, Karin (2014): Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen. Baden-Baden: Nomos; dies. (2019): „New Challenges in Feminism: Intersectionality, Critical Theory, and Anti-Zionism“, in: Rosenfeld, Alvin H. (Hg.): Anti-Zionism and Antisemitism. The Dynamics of Delegitimization. Bloomington: Indiana University Press.

„Der derzeitige Völkermord ist Teil eines jahrhundertlangen Projekts des auf Ausrottung ausgerichteten Siedlerkolonialismus in Palästina, ein Schandfleck für das internationale System und die Menschheit [...].“

— Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin, Bericht „Genocide as colonial erasure“, 01.10.2024 (eigene Übers.) · Quelle: docs.un.org/en/A/79/384

Nach dem 7. Oktober 2023 ist diese Dynamik mit besonderer Deutlichkeit hervorgetreten. Die Massaker der Hamas, die Entführungen und die sexualisierte Gewalt wurden in großen Teilen der Öffentlichkeit nicht als antisemitische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden eingeordnet, sondern in ein Narrativ antikolonialer Gegengewalt eingepasst. Die Frage nach den Opfern wurde dadurch

verdrängt. An ihre Stelle trat die Frage, wie viel Gewalt im Namen der „Befreiung“ erklärbar oder entschuldbar sei. Diese Verschiebung ist keine Randerscheinung des Musters, sondern seine Konsequenz: Wo Israel als Kolonialmacht definiert ist, wird jede Gewalt gegen Israelis zur Reaktion, und die Opfer werden zu Repräsentantinnen und Repräsentanten eines illegitimen Systems.

„Die inhärente Logik Israels ist der Siedlerkolonialismus und solange dies der Fall ist, wird die indigene Bevölkerung der Region als ein Hindernis wahrgenommen werden, das es zu beseitigen gilt.“

— Klasse gegen Klasse, 24.05.2025 · Quelle: klassegegenklasse.org



Abbildung 5: Schild auf einer propalästinensischen Demonstration.

Die Schablone erfüllt damit auch eine Abwehrfunktion. Antisemitismuskritik kann als Ablenkung, als Zensur, als „Instrumentalisierung des Holocaust“ oder als Versuch erscheinen, Kolonialismuskritik zum Schweigen zu bringen. Genau in dieser Konstruktion liegt ein zentrales Problem: Der Antisemitismusvorwurf wird nicht geprüft, sondern bereits vorab abgewehrt. Wer Antisemitismus benennt, gilt demnach nicht als jemand, der einen Missstand kritisiert, sondern als jemand, der Herrschaft verteidigt. Damit immunisiert sich das Deutungsmuster gegen Kritik – ein Mechanismus, der ein strukturelles Merkmal moderner antisemitischer Weltbilder ist: Klaus Holz und Thomas Haury arbeiten ihn

für den israelbezogenen Antisemitismus heraus, Lars Rensmann hat ihn, am Beispiel der Affäre Möllemann, als sekundär-antisemitische Schuldabwehr empirisch belegt.¹¹

Festzuhalten ist dabei die Grenze der Analyse: Die SCS sind nicht als solche antisemitisch. Der Forschungsansatz erzeugt nicht zwangsläufig Judenfeindschaft. Bestimmte Anwendungen dieses Ansatzes auf Israel entfalten allerdings eine antisemitische Funktion. Diese erkennt man, wenn man die Struktur des Arguments und seine Voraussetzungen in den Vordergrund stellt, anstatt sich nur auf den emanzipatorischen Selbstanspruch zu konzentrieren.

¹¹ Holz, Klaus / Haury, Thomas (2021): Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition (Kap. zur Identitätspolitik); Rensmann, Lars (2004): Demokratie und Judenbild. Wiesbaden: VS Verlag.

In der Feldbeobachtung: wo die Ideologie praktisch auftaucht

Die Siedlerkolonialismus-Schablone begegnet dem JFDA nicht nur in akademischen Texten oder Online-Debatten. Sie zeigt sich praktisch in der Feldbeobachtung: auf Demonstrationen, bei Kundgebungen, in Redebeiträgen, auf Plakaten, in Symbolen und in der Verbindung von Straßenprotest und sozialen Medien.

Der Begriff „Siedlerkolonialismus“ muss dabei nicht ausdrücklich fallen. Häufig zeigt sich die zugrunde liegende Logik in Parolen wie „Decolonize Palestine“, „Globalize the Intifada“ oder „From the river to the sea“, in Karten, auf denen Israel nicht existiert, in der Rede von „78 Jahren Besatzung“ oder in der Darstellung Israels als ausschließlich kolonialer, rassistischer oder genozidaler Staat.

Diese Ausdrucksformen sind nicht beliebig. Die Rede von „78 Jahren Besatzung“ etwa datiert die „Besatzung“ nicht auf 1967, sondern auf die Staatsgründung 1948 – und kritisiert damit keine konkrete Politik, sondern greift die Existenz des Staates selbst

an. Die Parole „Globalize the Intifada“ verweist nicht auf eine abstrakte Solidarität, sondern auf einen konkret belasteten Gewaltzusammenhang, in dem antisemitische Gewalt als „Widerstand“ affirmiert wird.

Für die Analyse ist entscheidend, welche Funktion solche Aussagen im Protestgeschehen erfüllen. Die Beobachtung orientiert sich dabei an vier Fragen: ob Israel als politischer Gegner kritisiert oder als Staat grundsätzlich delegitimiert wird; ob Gewalt gegen Israelis verurteilt, relativiert oder gefeiert wird; ob Jüdinnen und Juden, Israelis und Zionisten sprachlich oder symbolisch in eins gesetzt werden; und ob Antisemitismus als Problem benannt oder als bloßer Vorwurf abgewehrt wird.

Schlaglichter

Die folgenden Beispiele führen Beobachtung, Einordnung und Bewertung in fortlaufender Darstellung zusammen. Wo eine Beobachtung eine Deutung nur nahelegt, ist dies auch so formuliert.

Redebeitrag mit siedlerkolonialer Gründungserzählung

Auf der Demonstration „Stop Nakba Now“ am 16. Mai 2026 in Hamburg trat Ramsis Kilani als Redner und durchgehender Moderator der Veranstaltung auf. In einem Redebeitrag erklärte er:

„Und der Staat Israel ist auf Siedlerkolonialismus und Vertreibung und Vernichtung begründet. Das ist dieser sogenannte Konflikt, ein kolonialer Konflikt zwischen einer nuklear hochgerüsteten Kolonialmacht und einer staatenlosen, unterdrückten, kolonisierten Bevölkerung. Wir sind auf der Seite der Schwachen. Wir sind auf der Seite der Unterdrückten. Wir sind auf der Seite Palästinas.“

— Ramsis Kilani, Demonstration „Stop Nakba Now“, Hamburg, 16.05.2026 · JFDA-Feldbeobachtung

Angemeldet wurde die Kundgebung durch das Bündnis „Stop Nakba Now“. Kilani sprach nicht in einer Nebenrolle, sondern prägte die Veranstaltung als deren Moderator durchgehend mit. Der Redebeitrag ist damit kein vereinzelter Zwischenruf, sondern Teil der zentralen Ansprache, zusätzlich gerahmt durch den Anlass, den Jahrestag der Nakba, an dem die Staatsgründung Israels selbst zum Gegenstand wird.

Der Beitrag aktiviert das siedlerkoloniale Deutungsmuster in seiner delegitimierenden Zuspitzung. Die Formulierung, Israel sei „auf Siedlerkolonialismus und Vertreibung und Vernichtung begründet“, richtet sich nicht auf eine konkrete, veränderbare Politik, sondern auf die Gründung und damit das Wesen des Staates – genau jene Verschiebung von der kritisierbaren Politik zur Existenzfrage, die den Kern des Musters ausmacht.

Die Steigerung „Vertreibung und Vernichtung“ schreibt der Staatsgründung überdies einen eliminatorischen Charakter zu und überträgt so die in den SCS angelegte Logik der Eliminierung unmittelbar auf Israels Entstehung. Die Wendung vom „sogenannten Konflikt“ spricht dem Geschehen den Charakter eines Konflikts zwischen Parteien ab und codiert es in ein reines Unterdrückungsverhältnis um, das die anschließende Gegenüberstellung – „nuklear hochgerüstete Kolonialmacht“ gegen „staatenlose, unterdrückte, kolonisierte Bevölkerung“ – als binäres Täter-Opfer-Schema ausbuchstabiert, verstärkt um das Motiv einer übermächtigen, bedrohlichen Macht.

Der Schluss übersetzt die Deutung schließlich in eine Freund-Feind-Parteinahme, die jede Konfliktlösung jenseits des Verschwindens der „Kolonialmacht“ ausschließt. Eine Lesart als bloße Kritik an konkreter israelischer Politik trägt hier nicht, da die Aussage ausdrücklich die Gründung und das Wesen des Staates adressiert und nicht ein bestimmtes Regierungshandeln.

Der Redebeitrag ist damit ein Beispiel für die delegitimierende Anwendung des siedlerkolonialistischen Deutungsmusters und durch die Aussagen dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen.

Karte/Schild „1948“: Israel in den Farben Palästinas



Abbildung 6: Demonstration am Leopoldplatz, Berlin, 01.06.24

Auf propalästinensischen Demonstrationen in Berlin taucht wiederkehrend ein visuelles Motiv auf – als mitgeführtes Schild, als T-Shirt-Aufdruck und als Aufkleber, in zahlreichen leicht abweichenden Ausführungen. Es zeigt den Umriss des gesamten Gebiets zwischen Mittelmeer und Jordan – also die vollständige Fläche des Staates Israel einschließlich Westjordanland und Gaza –, ausgefüllt in den Farben der palästinensischen Flagge und überschrieben mit der Jahreszahl „1948“ (meist als bloße Zahl, in Teilen als „Nakba 1948“ oder „only 1948“).

Das Motiv begleitet propalästinensische Kundgebungen im deutschsprachigen Raum schon länger, häuft sich aber deutlich seit

dem 7. Oktober 2023, parallel zur Ausbreitung des siedlerkolonialen Deutungsmusters in diesem Milieu. Getragen wird es nicht von einer einzelnen Organisation, sondern von wechselnden Einzelpersonen quer durch die Szene. Gerade diese Streuung macht es zu einem aussagekräftigen Indikator für ein geteiltes Deutungsmuster.

Die delegitimierende Aussage liegt dabei nicht in der Jahreszahl, sondern in der Kombination von Fläche und Farbe. Indem der Umriss das gesamte Staatsgebiet Israels einnimmt und vollständig „palästinensisch“ einfärbt, wird Israel nicht als Staat mit einer bestimmten Politik kritisiert, sondern flächendeckend zum Verschwinden gebracht – die kartografische Entsprechung der Parole „From the river to the sea“. Die „1948“ verankert den Bezugspunkt zudem nicht in der Besatzung seit 1967, sondern in der Staatsgründung selbst, sodass nicht ein Handeln des Staates, sondern seine Existenz zum Gegenstand wird. Das Motiv führt bildlich vor, was Kapitel III als Kern der Schablone beschreibt.

In manchen Varianten verschärft sich die Aussage des Posters, indem Symbole hinzugefügt oder die Teile anders akzentuiert werden: eine Kufiya-Musterung in der Füllung, ein Schlüssel als Symbol einer maximalistischen Rückkehrforderung, vereinzelt eine abgebildete Waffe, meist eine Kalaschnikow, die den Bezug in Richtung Gewalt- und Kampflegitimation zuspitzt. Die Bewertung des Grundmotivs stützt sich ausdrücklich nicht auf diese Zuspitzungen.

Isoliert ließe sich die Jahreszahl „1948“ als Gedenken an Flucht und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung lesen – ein

legitimer Bezug, der anzuerkennen ist. Die antisemitisch-delegitimierende Wendung entsteht erst dadurch, dass das Motiv Israel nicht neben, sondern anstelle von „Palästina“ über die gesamte Fläche auslöscht und damit über ein Gedenken hinaus die Existenz des Staates bestreitet.

Das Grundmotiv ist deshalb kein Ausdruck von Kritik an konkreter israelischer Politik, sondern bildet die vollständige Ersetzung Israels durch „Palästina“ ab und ist nach den vorliegenden Belegen dem israelbezogenen Antisemitismus (Delegitimierung, Negation des Existenzrechts) zuzuordnen.

Der 7. Oktober als „legitimer Widerstand“: Flyer der „Kommunistischen Organisation“

In einem Flyer mit dem Titel „Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Kampf gegen Siedlerkolonialismus und Imperialismus“ erklärt die „Kommunistische Organisation“ (KO), eine marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisation, den palästinensischen „Widerstand ... in all seinen Formen“ für legitim:

„Die Palästinenser haben sich von Anfang an gegen den zionistischen Siedlerkolonialismus und die ihn unterstützenden imperialistischen Mächte gewehrt. Dieser Kampf nahm verschiedene Formen an: Vom diplomatischen Kampf über Demonstrationen, Streiks und Boykotte bis hin zum bewaffneten Kampf. Dieser Widerstand der Palästinenser ist in all seinen Formen legitim. Wie zahlreiche UN-Resolutionen betonen, haben Völker unter Besatzung und Kolonialherrschaft das Recht auf ‚Widerstand mit allen Mitteln‘.“

— Kommunistische Organisation, Flyer, 24.02.2026 · JFDA-Sicherung

Den Angriff vom 7. Oktober 2023 benennt der Flyer an anderer Stelle mit der Selbstbezeichnung der Hamas als „Al-Aqsa-Flut“.¹² Es handelt sich um eine öffentliche, weiterhin auf der Homepage der Organisation abrufbare und vom JFDA gesicherte Verlautbarung. Anders als bei einem Zuruf auf einer Demonstration liegt hier eine ausformulierte, redigierte und institutionell verantwortete Positionierung vor.

Der Flyer zeigt exemplarisch, wie die konsequente Durchführung des siedlerkolonialen Deutungsmusters die Geschichte von Jüdinnen und Juden in Palästina revidiert und so Gewalt gegen sie rechtfertigt. Er überträgt die in den SCS angelegte Logik der Eliminierung unmittelbar auf Israel – der „zionistische Siedlerkolonialismus an sich“, nicht eine bestimmte Regierung, „drängt zum Genozid“ und zielt auf die „vollständige Auslöschung der Ureinwohner Palästinas“ – und macht diese Rahmung zur Rechtfertigung von Gewalt: Indem der „bewaffnete Kampf“ ausdrücklich in die als legitim erklärten „Formen“ des Widerstands aufgenommen und mit dem Recht auf „Widerstand mit allen Mitteln“ unterlegt wird, deckt die Aussage im hergestellten Kontext „seit Oktober 2023“ und der „Al-Aqsa-Flut“ auch das Massaker des 7. Oktober als legitimen Widerstand.

¹² Kommunistische Organisation: „Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Kampf gegen Siedlerkolonialismus und Imperialismus“, Flyer, veröffentlicht am 24.02.2026, kommunistische-organisation.de (JFDA-Sicherung; zuletzt abgerufen am 09.09.2026).

Bezeichnend ist die Leerstelle: Die israelischen Opfer des 7. Oktober finden keine Erwähnung, das Datum erscheint ausschließlich als Beginn des „offenen Völkermords in Gaza“ – die Täter-Opfer-Umkehr, bei der die Frage nach den Ermordeten nicht relativiert, sondern getilgt wird.

Hinzu treten sekundärer Antisemitismus, wenn die Unterstützung Israels als „billiger Ersatz für die Entnazifizierung“ erscheint und die Bundesrepublik von „Nazis und Antisemiten aufgebaut“ worden sein soll, und die Immunisierung gegen Kritik, wenn die „Gleichsetzung von Palästinasolidarität mit Antisemitismus“ der „Kriminalisierung“ dienen soll. Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung und Kritik an

deutscher Politik sind für sich legitim; die antisemitisch-gewaltlegitimierende Wendung entsteht durch die vorbehaltlose Legitimation „aller Formen“ und „aller Mittel“, die den gezielten Massenmord an Zivilistinnen und Zivilisten einschließt, durch die Tilgung der israelischen Opfer und durch die sekundär-antisemitische Schuldabwehr.

Der Flyer verdichtet damit mehrere Muster zugleich – Delegitimierung und Dämonisierung Israels, Negation des Existenzrechts, Legitimation antisemitischer Gewalt, sekundärer Antisemitismus und die Immunisierung gegen Antisemitismuskritik – und ist nach den vorliegenden Belegen dem israelbezogenen und dem sekundären Antisemitismus zuzuordnen.

Aufruf zur später verbotenen Demonstration am zweiten Jahrestag des 7. Oktober

Zur Demonstration unter dem Motto „Until Total Liberation“ am 7. Oktober 2025 in Berlin rief unter anderem die Gruppe „Alliance of Internationalist Feminists“ auf.¹³ In ihrem auf Instagram veröffentlichten und vom JFDA gesicherten Aufruf heißt es unter anderem:

„Am 7. Oktober zeigte der palästinensische Widerstand der Welt, dass es möglich ist, die allmächtige zionistische Entität zu besiegen. [...] Ihr mutiger Aufstand hat den Mythos der zionistischen Unbesiegbarkeit zerstört und ist zu einem Leuchtfeuer der revolutionären Hoffnung für alle antiimperialistischen und antikolonialistischen Kämpfe auf der ganzen Welt geworden. [...] Dieser Tag war kein isoliertes Ereignis, sondern ein gerechtfertigter und unvermeidlicher Bruch mit Jahrzehnten kolonialer Terrorherrschaft, Belagerung und ethnischer Säuberung.“

— „Alliance of Internationalist Feminists“, Aufruf zur Demonstration „Until Total Liberation“, Berlin, 07.10.2025

Die Versammlung war für den 7. Oktober 2025 – den zweiten Jahrestag des Angriffs – polizeilich untersagt und wurde dennoch durchgeführt. Rund um den Neptunbrunnen und den Alexanderplatz bestand ein massives Polizeiaufgebot. Teilnehmende sammelten sich zunächst verteilt und stellten sich zu einem verabredeten Zeitpunkt zusammen, um Parolen zu rufen, bis die Polizei nach etwa einer Dreiviertelstunde eingriff und sich ein längeres Ausweichgeschehen entwickelte, das das JFDA in einem Videobericht dokumentiert hat.

Weitere Aufrufende ließen sich nicht gesichert belegen; gesichert ist der Aufruf der „Alliance of Internationalist Feminists“, nach Einordnung des JFDA in Berlin eine der zentralen Gruppen im Bereich antiisraelischer Proteste, die regelmäßig Demonstrationen anmeldet, diese im eigenen Sinne umdeutet und dabei zeitweise mehrere Tausend Personen mobilisiert.

¹³ „Alliance of Internationalist Feminists“: Aufruf zur Demonstration „Until Total Liberation“, Berlin, 7. Oktober 2025, veröffentlicht auf Instagram (JFDA-Sicherung; zuletzt abgerufen am 07.09.2026). Zur Durchführung: JFDA-Videobericht vom 08.10.2025, youtube.com.

Der Aufruf verharmlost den 7. Oktober nicht, er verherrlicht ihn: Der Angriff wird nicht relativiert oder erklärt, sondern als „mutiger Aufstand“, „heldenhafter ... Widerstand“ und „Leuchtfener der revolutionären Hoffnung“ gefeiert – eine offene Heroisierung des Massakers, die über die programmatische Legitimation des zuvor zitierten Flyers noch hinausgeht. Sie ist eingebettet in die siedlerkoloniale Schablone, wenn Israel als „genozidales zionistisches Kolonialprojekt“ und der 7. Oktober als „gerechtfertigter und unvermeidlicher Bruch“ mit „kolonialer Terrorherrschaft, Belagerung und ethnischer Säuberung“ erscheint. Das Massaker wird so in eine antikonkoloniale Befreiungslogik übersetzt, in der israelische Opfer nicht vorkommen.

Hinzu tritt die Delegitimierung durch Sprache – die Rede von der „zionistischen Entität“ spricht Israel die Anerkennung als Staat ab, das Motiv der „allmächtigen“ und für unbesiegbar gehaltenen Macht bedient zugleich das Zerrbild einer übermächtigen Gegenmacht – sowie die maximalistische Zielsetzung „Until Total Liberation“, die als „totale“ Befreiung des gesamten Gebiets keinen Raum für eine israelische Existenz lässt. Der Mobilisierungskontext verschärft dies, denn der Aufruf wirbt nicht für eine Meinung, sondern für eine Versammlung am Jahrestag des Angriffs, die trotz Verbots durchgeführt wurde. Kritik an Besatzung und Krieg wäre legitim; die offene Feier eines gezielten Massakers an Zivilistinnen und Zivilisten als „heldenhaft“ und „gerechtfertigt“ ist es nicht. Hier liegt keine Kritik vor, sondern die Verherrlichung der Gewalt selbst.

Der Aufruf ist damit dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen: Delegitimierung Israels, Dämonisierung als „genozidales Kolonialprojekt“ und, im Zentrum, die Verherrlichung antisemitischer Gewalt.



Abbildung 7: Screenshot zum Aufruf (Instagram Alliance of Internationalist Feminists)

Fazit: warum die Schablone erkannt werden muss

Die SCS sind nicht per se antisemitisch und der Begriff Siedlerkolonialismus ist nicht in jedem Kontext illegitim. Problematisch wird seine Verwendung dort, wo sie Israel totalisiert, jüdische Geschichte ausblendet, palästinensische Geschichte zu einer reinen Unschuldserzählung vereinfacht und Gewalt gegen Jüdinnen, Juden oder Israelis als antikolonialen Widerstand lesbar macht.

Für antisemitismuskritische Analyse, Journalismus und Feldbeobachtung reicht es deshalb nicht, einzelne Parolen isoliert zu betrachten. Entscheidend ist die dahinterliegende Deutungsstruktur. Die Siedlerkolonialismus-Schablone betrachtet Israel nicht als einen kritisierbaren Staat,

sondern als ein illegitimes Prinzip. Sie schreibt die Geschichte des Zionismus um: Aus einer Bewegung zur nationalen Selbstbestimmung der Jüdinnen und Juden wird eine rassistische Ursünde im arabisch-israelischen Konflikt gemacht. Die Kritik am Antisemitismus daran macht sie zu einem Hindernis für die vermeintliche Befreiung.

Gerade deshalb muss diese Schablone erkannt, beschrieben und kritisiert werden – nicht um Kritik an israelischer Politik zu verhindern, sondern um zu unterscheiden, wo Kritik endet und Antisemitismus beginnt. Diese Unterscheidung offenzuhalten ist keine Parteinahme gegen Kritik, sondern die Voraussetzung für diese überhaupt.

Zusammenfassung: die Siedlerkolonialismus-Schablone erkennen

Eine problematische Verwendung liegt nahe, wenn mehrere Merkmale zusammentreffen:

- Israel wird nicht als Staat mit einer konkreten Politik kritisiert, sondern als illegitimes koloniales Projekt beschrieben.
- Zionismus erscheint ausschließlich als Rassismus, Kolonialismus oder Siedlergewalt; Jüdinnen und Juden werden pauschal als „weiße Siedler“ markiert.
- Die jüdische Verfolgungsgeschichte – Shoah, Pogrome, Flucht, Staatenlosigkeit – wird ausgeblendet und die Existenz Israels als Hindernis für „Dekolonisierung“ beschrieben.
- Gewalt gegen Israelis wird als „Widerstand“ erklärt, relativiert oder gerechtfertigt; der 7. Oktober gilt nicht als antisemitische Gewalt, sondern als Reaktion auf Kolonialismus.
- Antisemitismuskritik wird als Zensur, Ablenkung oder Herrschaftsinstrument abgewehrt.
- Israelis, Zionisten, jüdische Institutionen sowie Jüdinnen und Juden werden sprachlich oder symbolisch vermischt.
- Karten, Parolen oder Zukunftsbilder lassen keinen Platz für jüdische Selbstbestimmung.

Keiner dieser Punkte ist für sich genommen ein Beweis. Entscheidend ist ihr Zusammenwirken: Je mehr von ihnen zusammenkommen, desto deutlicher tritt nicht eine Kritik an israelischer Politik hervor, sondern ein Deutungsmuster, das jüdische Selbstbestimmung als solche bestreitet.

Literaturempfehlungen

Bassi, Camilla (2024): „Dekolonisierung“ ist nach dem 7. Oktober keine Metapher mehr. In: Vukadinovic, Vojin Saša (Hg.): Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik. Berlin: Querverlag, S. 60–69.

Becke, Johannes (2018): Historicizing the settler-colonial paradigm. In: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 12, Nr. 22.

Berkovits, Balázs (2022): Israel als weißer, siedlerkolonialistischer Staat in den aktivistischen Sozialwissenschaften. In: Elbe, Ingo et al. (Hg.): Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik. Berlin: Edition Tiamat, S. 520–551.

Bolton, Matthew (2025): The meaning of ‘genocide’. Online: k-larevue.com/en/2025/06/05/the-meaning-of-genocide/

Elbe, Ingo (2024): Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung. Berlin: Edition Tiamat.

Kirsch, Adam (2025): Siedlerkolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit. Berlin: Edition Tiamat.

Laqueur, Walter (1975): Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus. Wien: Europaverlag.

Lenhard, Philipp (2026): „Go back to Poland!“ Das Paradigma des Siedlerkolonialismus. In: Bittermann, Klaus / Hesse, Christoph (Hg.): Umkämpfte Geschichte. Einsprüche gegen die Umdeutung des 7. Oktober. Berlin: Edition Tiamat, S. 23–42.

Spitz, Derek (2024): The Professors and the Pogrom. How the Theory of ‘Zionist Settler Colonialism’ Reframed the 7 October Massacre as ‘Liberation’. In: Freedman, Rosa et al. (Hg.): Responses to 7 October: Universities. London: Routledge, S. 77–87.

Stosberg, Tim (2024): „Dekolonisierung ist KEINE Metapher“: Zur Kritik postkolonialer Perspektiven auf den arabisch-israelischen Konflikt. In: Zarbock, Luca et al. (Hg.): Antisemitismus zwischen Latenz und Leidenschaft. Kommunikations- und Äußerungsformen des Judenhasses im Wandel. Berlin u. a.: Barbara Budrich, S. 229–242.



**Jüdisches Forum für Demokratie
und gegen Antisemitismus e.V.**